

bunden gewesen ist, und wie Dr. Mehnert schon richtig erwähnt hat, daß die Grundsteuer auch heute noch mit in Frage kommt, Niemand hilft den Leuten, wenn die eine Mark herunterkommen; um die kümmert sich Niemand, die scheiden auch aus den Dreißigmarkleuten aus. Ich finde nicht in der Ordnung, wenn man bei einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes, über das wir nun so viele Stunden debattiert haben und immerfort nach ausgleichender Gerechtigkeit geschrien hat, sich auch Jeder in seinem Gewissen bedrängt fühlt, bei seinen Beschlüssen einen solchen Riß ins Prinzip zu bringen.

(Widerspruch.)

Sowohl, einen Riß, indem man diese eine Klasse herausnimmt und Elemente schafft, wie wir sie noch nicht in Sachsen gehabt haben. Und warum thut man das? Weil man die Furcht hat, man könnte Einigen an ihrem Wahlrechte eine Unbequemlichkeit schaffen. Meine Herren! Das ist mir eine ganz merkwürdige ausgleichende Gerechtigkeit, daß Sie, aus Furcht Einigen etwas zu Leide zu thun, die anderen 23,873 um die eine Mark kränken. Wo bleiben Sie da mit Ihrer ausgleichenden Gerechtigkeit?

(Sehr richtig!)

Es ist sehr die Frage, ob die 23,873 in ihrer überwiegenden Majorität nicht sagen werden: wir danken für Ihre Gerechtigkeit!

(Sehr richtig! Bravo!)

Präsident: Es hat der Herr Abg. Frenzel auf Schluß der Debatte angetragen.

„Wird dieser Antrag unterstützt?“

Zahlreich.

„Will die Kammer die Debatte als geschlossen ansehen?“

Gegen 14 Stimmen angenommen.

Als Berichterstatter der Minorität hat der Herr Abg. Georgi das Schlußwort.

Vizepräsident Georgi: Eine Majorität und Minorität innerhalb der Deputation ist nur insofern vorhanden, als es sich darum handelt, ob die beiden unteren Klassen befreit werden sollen oder nur eine. Der Bericht beklagt in seiner historischen Darstellung unserer neueren Steuerwünsche damit, daß er mittheilt, daß in dem Landtage 1881/82 ein Antrag eingebracht wurde, der dahin ging, die beiden unteren Klassen von der Steuer zu befreien, dieser Antrag aber gegen 11 Stimmen abgelehnt worden ist. Der Antrag ist seiner Zeit von mir und meinen Freunden eingebracht worden, und wir sind in

der Zwischenzeit stets dem Standpunkte treu geblieben. Es ist seitdem so oft über die ganze Frage gesprochen worden, daß es in der That nicht möglich sein wird, noch irgend etwas Neues zu bringen. Ich will es Ihnen deshalb ersparen, Ihnen nochmals eingehend alle die Momente, die für die Befreiung der beiden unteren Klassen sprechen, vorzuführen. Man hat seitens der Gegner hauptsächlich eingewendet, daß Dienstboten und junge Leute fast ausschließlich davon betroffen werden. Ich habe seinerzeit, 1881/82, eine Statistik aus einer Reihe kleiner und mittlerer Städte aufgestellt; darnach ergab sich, daß von den Eingeschätzten in den beiden unteren Klassen 4 bis 6 Prozent Dienstboten waren, 6 bis 7 Prozent Gesellen, 60 bis 65 Prozent Fabrikarbeiter, 15 bis 27 Prozent Hausarbeiter und 4 bis 8 Prozent Handarbeiter. Ich gebe ohne weiteres zu, daß durch das erfreuliche, vorhin von mir selbst angeführte Aufsteigen aus den unteren Klassen eine wesentliche Minderung seit 1881 herbeigeführt worden ist, aber jedenfalls nicht in dem Maße, daß die damals nur 4 bis 6 Prozent betragenden Dienstboten jetzt zur großen Mehrheit in den betreffenden Klassen geworden sein könnten.

Ein ganz besonderer Werth wird von den Gegnern noch darauf gelegt, daß den Gemeinden, namentlich den kleineren Landgemeinden es unmöglich gemacht werden würde, oder wenigstens außerordentlich schwer würde, die Leute aus den unteren Klassen, welche von der Staatseinkommensteuer befreit sind, zur Gemeindesteuer heranzuziehen. Nun, es giebt jetzt schon eine ganze Masse von Gemeinden, in denen eine vollständig selbstständige Einschätzung vorhanden ist, in denen auch Leute mit kleineren Einkommen, als 300 Mark, zu den Gemeindelasten herangezogen werden. Also diese Befürchtungen sind jedenfalls unbegründet.

Wenn man dann noch die großen technischen Vorzüge berücksichtigt, die ja im Berichte nach Angabe der königl. Staatsregierung auf Seite 7 eingehend wiedergegeben sind, wonach 6000 Reklamationen erspart werden, ca. 40,000 Zuwachsfälle, 50,000 Wegfälle, 24,000 Nachschätzungen, so fällt das jedenfalls schwer ins Gewicht. Aber alle diese Dinge sind früher schon erörtert worden. In einer Beziehung aber haben wir jetzt mit einem Novum zu thun. Es handelt sich jetzt um eine Vorlage der Regierung selbst, und dadurch bekommt die Angelegenheit eine besondere politische Bedeutung; denn ich meine, daß es doch eine recht schwierige Sache ist, wenn die königl. Staatsregierung sagt: wir wollen von diesen wenig bemittelten Leuten die Steuer nicht erheben, und die Zweite Kammer soll kommen und sagen: O ja, wir